

Demokratie Landesrat

TIROL

23. Juni 2014 Nr. 10



**TIROL -
TEIL EINES GANZEN**



Demokratie

„Die Macht in der EU ist gut aufgeteilt, weil alle Länder mitbestimmen dürfen“.

Marcel (15)

Wer macht was in der EU?

Marcel (15), Barbara (15), Sarah (15) und Sandro (15)

Die Macht in der EU ist auf verschiedene Institutionen aufgeteilt.

Das EU-Parlament wird alle 5 Jahre von den BürgerInnen gewählt. Die letzte Wahl war zwischen 22. und 25. Mai 2014. In Deutschland, Österreich, Belgien und Luxemburg wurde dabei am 25. Mai 2014 gewählt. Das Parlament ist an der Gesetzgebung beteiligt. Im Parlament sitzen 751 Abgeordnete, und Österreich stellt davon 18 Abgeordnete. Die Sitze des Parlaments sind in Straßburg, Brüssel und Luxemburg. Die Abgeordneten des EU-Parlaments arbeiten in Ausschüssen und kontrollieren andere Organe.

Die Institutionen

Im **Rat der Europäischen Union** sitzen die MinisterInnen der Mitgliedstaaten. Sie sind gemeinsam mit dem EU-Parlament an der Gesetzgebung beteiligt.

In der **EU-Kommission** besteht aus 28 Mitgliedern (aus jedem Staat einer). Jedes dieser

Mitglieder ist einem anderen Fachbereich zugeteilt.

Der **Europäische Gerichtshof** schaut, ob alle EU-Länder die Gesetze einhalten. Es gibt 28 RichterInnen (aus jedem Staat eine/-r).

Der **Europäische Rat** mit 28 Mitgliedern macht sich Gedanken über die Zukunft der EU. Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- bzw. Regierungschefs aller Mitgliedsstaaten. Für Österreich nimmt der Bundeskanzler an diesen Treffen teil. Mindestens zweimal pro Halbjahr trifft sich der Rat.

Im Interview haben wir erfahren, dass der Ausschuss für Europäische Integration Anträge an die EU stellen kann und der EVTZ, der Europäische Verbund Territorialer Zusammenarbeit, eine wichtige Rolle darin spielt.

Wir finden das Thema interessant und spannend, weil wir viele neue Dinge erfahren haben.

Gabriele Fischer

Abgeordnete zum Tiroler Landtag, Obfrau im Ausschuss für Föderalismus und Europäische Integration

Rudolf Nagl

Abgeordneter zum Tiroler Landtag, Mitglied im Ausschuss für Föderalismus und Europäische Integration



„Das Subsidiaritätsprinzip,
eigentlich ganz simpel!“

Michelle (15) und Annalena (15)

Ein schwieriges Wort leicht erklärt!

Marco (15), Markus (15), Michelle (15) und Annalena (15)

Dieses Prinzip wurde in der EU eingeführt, damit man besser auf die Bedürfnisse von kleineren Einheiten (wie Regionen oder Ländern) eingehen kann. Sinnvoll ist das zum Beispiel in der Landwirtschaft, wo es regionale Unterschiede beim Anbau oder generell bei den Produkten gibt. Damit dieses Prinzip auch wirken kann, müssen möglichst schnell die Länder, Bundesländer und Regionen informiert werden, wenn es ein neues EU-Gesetz geben soll. So können sie rasch Beschwerde einreichen, wenn ihrer Meinung nach das Subsidiaritätsprinzip verletzt wurde.

Wir hatten noch ein Interview mit zwei Abgeordneten zum Tiroler Landtag. Diese waren auch deshalb eingeladen, da sie in einem Ausschuss sitzen, der sich speziell mit Fragen der EU beschäftigt. Hier sind unsere Fragen:

Warum existiert das Subsidiaritätsprinzip?

Es bildet einen Schutzmechanismus für EU- und Landesrechte.

Wissen Sie ein Beispiel, bei dem das Subsidiaritätsprinzip vorgekommen ist?

Zum Beispiel beim Emmissionsschutz, oder beim Thema der Schadstoffe im Wasser auf Landes- und Bundesebene. Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Vetorecht.

In welchen Bereich finden Sie es besonders wichtig?

Umweltschutz, Landwirtschaft, Energie/Atombereich und Datenschutz.

Wir finden dieses Prinzip gut, da auch kleine Länder oder Regionen zu Wort kommen.

Subsidiaritätsprinzip

Wenn eine Aufgabe (wie ein neues Gesetz) besser von den Ländern selbst erfüllt werden kann, dann tritt die EU davon zurück.

Subsidiaritätsprinzip



„Größtes Friedensprojekt!“

Gabriele Fischer über die EU

Warum gibt es die EU?

Julian (15), Martin (15), Lena (14), Rebecca (14)

Im Jahr 1945 war das dunkle Kapitel des Zweiten Weltkriegs vorbei. Europa war zerstört. Ungefähr 39 Millionen Menschen waren gestorben, darunter ca. 6 Millionen Juden. Europa war nach dem Zweiten Weltkrieg durch den so genannten „Eisernen Vorhang“ geteilt. Es gab Demokratien im „Westen“ und Diktaturen im „Osten“.

1949 wurde der Europarat in London gegründet. Frieden, Demokratie und Menschenrechte in und für Europa sind auch heute noch seine Ziele. Der Sitz befindet sich in Straßburg. Der Europarat ist aber eigentlich keine Einrichtung der EU.

1950 hielt Robert Schuman eine berühmte Rede, in der er vorschlug, dass die europäischen Länder zusammenarbeiten sollten.

Am Anfang waren es nur sechs Mitgliedsstaaten, heute sind es bereits 28.

Um noch mehr Informationen zu bekommen, haben wir sogar ein Interview mit zwei Tiroler Landtagsabgeordneten, Rudolf Nagl und Dipl.-Ing. Gabriele Fischer geführt.

Einige Fragen im Folgenden:
Wie ist die EU entstanden?

Gabriele Fischer: Am Anfang war es nur ein Wirtschaftszusammenschluss aus sechs Staaten. Doch es wurden immer mehr Staaten. Dadurch wurde es natürlich auch immer schwieriger, die vielfältigen Interessen aller Menschen gleichberechtigt zu berücksichtigen. Die EU funktioniert nach demokratischem Prinzip.

Glauben Sie, dass sich die EU noch weiter verändert?

Rudolf Nagl: Die Gesellschaft und die EU werden sich immer weiter entwickeln. Es wäre schlecht, wenn sie sich nicht mehr verändern würden. Es wird nie einen Stillstand in der Entwick

Eiserner Vorhang

„unüberwindbare“ Grenze, die Europa in Osten und Westen spaltete.

Die europäischen Länder müssen zusammenarbeiten, dann gibt es keinen Krieg mehr!



Robert Schuman im Jahr 1950



„Wählen ist ein Muss!“

Dipl.-Ing. Gabriele Fischer

Wie kann man als EU-BürgerIn mitbestimmen?

Chiara (15), Raphael (15) und Sabrina (14)

Bei uns geht es um das Thema, wie man als EU-BürgerIn in der EU mitbestimmen kann. Eine grundlegende Möglichkeit ist das Wählen. Eine andere Möglichkeit ist es, bei einer Bürgerinitiative mitzumachen.

Alle EU-BürgerInnen können eine solche Bürgerinitiative starten. In Österreich ist ein Mindestalter von 16 Jahren dafür die Voraussetzung. In den anderen EU-Ländern liegt dieses Mindestalter bei 18 Jahren. Und dann kann man beginnen aus sieben EU-Ländern 1 Millionen Unterschriften zu sammeln, damit sie der Europäischen Kommission vorgelegt werden. Eine Bürgerinitiative muss Themen betreffen, für die die EU zuständig ist und die Europäische Kommission somit ein Gesetz vorschlagen kann. Also zum Beispiel Bereiche wie Landwirtschaft, Umwelt oder Verkehr.

Unsere beiden Gäste haben wir auch zum Thema Mitbestimmen in der EU befragt:

Rudolf Nagl (ÖVP) findet es gut, dass das Wahlrecht in Österreich das Wählen ab 16 ermöglicht.

Es ist seiner Meinung nach wichtig, junge Menschen in der Politik mehr einzubinden. Er sagte, dass sie in diesem Alter schon Entscheidungen treffen können.

Auch Gabriele Fischer (GRÜNE) findet es sinnvoll, dass Österreich eine Sonderstellung beim Wahlrecht hat.

Die Jugend sollte so früh wie möglich über die Grundrechte und -gesetze Informationen erhalten.

Unsere Gäste finden es ebenso wichtig, sich bei der EU-Wahl zu beteiligen und sich einzubringen, egal in welchem Alter.

Initiative

Der Anstoß, die Anregung zu einer Handlung





IMPRESSUM

Konzept, Mediendidaktische Betreuung
und Umsetzung:

Agentur Müllers Freunde GmbH
1170 Wien • Weißgasse 38
www.muellersfreunde.at



PTS Wipptal-Steinach,
Trinserstraße 17,
6150 Steinach

in Kooperation
mit dem Tiroler Landtag



„Tirol ist ein sehr kleines Land,
daher brauchen wir unsere
Nachbarn.“

Dipl.-Ing. Gabriele Fischer

Tirol und seine Nachbarn in der EU

Sarah (16), Nina (15), Nadine (15) und Maurice (15)

Warum ist es sinnvoll mit anderen Ländern in der EU zusammenzuarbeiten?

Wir haben uns mit diesem Thema näher beschäftigt und haben eine Menge Interessantes und Wissenswertes herausgefunden:

Die Nachbarländer mit denen Tirol am meisten zusammenarbeitet sind Deutschland (Bayern) und Italien (Südtirol). Gemeinsame Arbeit gibt es aber auch mit anderen Ländern, die an die Alpen grenzen, wie zum Beispiel Slowenien.

Wichtige Bereiche, in denen Tirol mit anderen EU-Ländern zusammenarbeitet sind Tourismus, Verkehr, Kultur, Umweltschutz, Bildung, Energie und Rohstoffe.

In diesen Bereichen gibt es viele Themen, welche die Länder gemeinsam betreffen.

Wir haben mit zwei Abgeordneten des Tiroler Landtages (Rudolf Nagl und Gabriele Fischer) ein Interview geführt und sie haben uns einige Fragen beantwortet.

Wir haben gefragt, ob die bei-

den Abgeordneten die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern sinnvoll finden. Beide finden diese Kooperation mit den Nachbarländern sehr wichtig, denn so kann man gemeinsame Interessen gut zusammenfassen und man hat so gemeinsam mehr Einfluss auf europäischer Ebene.

Als ein gutes Beispiel für eine Zusammenarbeit in der EU nannten beide den EVTZ Tirol, Südtirol und Trentino, denn diese drei Länder sind über Jahrzehnte auch in ihren Interessen zusammengewachsen. Ein weiteres großes gemeinsames Projekt zwischen Tirol und seinen Nachbarländern ist der Brenner Basistunnel, durch den die Abgase der LKWs reduziert werden sollen.

Tirol ist zum Beispiel in diesen drei Gemeinschaften Mitglied: ARGE ALP (Arbeitsgemeinschaft Alpenländer), Europaregion und Alpenkonvention. Hier kommt es bei unterschiedlichen Themen zu unterschiedlichen Zusammenarbeiten.

EVTZ

Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit

ARGE ALP

Arbeitsgemeinschaft Alpenländer. Sie hat das Ziel gemeinsame Probleme und Anliegen der Mitgliedsländer durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit gemeinsam auf regionaler, staatlicher oder europäischer Ebene zu lösen.





